

Humanistische Union

Zur Vorbereitung der Weltkonferenz gegen Rassismus

Pressemitteilung des Forum Menschenrechte vom 31. Juli 2001 zur Vorbereitung der Weltkonferenz gegen Rassismus

Mitteilungen Nr. 175, S. 72

Genf / Berlin, den 31. Juli 2001:

Forum Menschenrechte kritisiert das Verhalten der Mitgliedsstaaten der EU und fordert eine konstruktive Verhandlungsposition zur Überwindung der gegensätzlichen Standpunkte.

Das Forum Menschenrechte, ein Zusammenschluss von mehr als 40 deutschen Nichtregierungsorganisationen, kritisiert das Verhalten der Mitgliedsstaaten der EU bei der Vorbereitung der Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz.

In Genf treffen sich vom 30. Juli bis 10. August 2001 alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und mehr als 300 Nichtregierungsorganisation aus allen Teilen der Welt, um die vom 31. August bis 07. September 2001 im südafrikanischen Durban stattfindende Weltkonferenz mit der Erarbeitung eines Entwurfes für eine Abschlusserklärung und eines „Aktionsplanes“ vorzubereiten. Schon am ersten Tag führten Vorschläge von Kanada, die von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterstützt wurden, dazu, dass Sklaverei, Sklavenhandel und Kolonialismus als Ursachen rassistischer Gewalt in Frage gestellt und die heute noch bestehenden Folgen für die betroffenen Länder verneint wurden.

„Die belgische Delegation vertritt im Namen aller EU-Mitgliedstaaten in den umstrittenen Fragen der Weltkonferenz, wie beispielsweise Folgen der Sklaverei und des Kolonialismus, eine Position, wie sie zuvor nur von den USA vertreten wurde. Hier wird polarisiert und die Weltkonferenz als Ganzes in Frage gestellt“, so Nils Rosemann, Vertreter des Forum Menschenrechte bei der Weltkonferenz und den Vorbereitungsverhandlungen.

Während unter der Ratspräsidentschaft Schwedens noch Rücksichtnahme bei derart heiklen, die eigene Geschichte betreffenden Fragen erkennbar war, hat sich die Position der Mitgliedsstaaten der EU unter der Ratspräsidentschaft Belgiens merklich der Haltung der USA und Kanadas angenähert. Diese Position der Mitgliedsstaaten der EU, die immer auch die Position aller Assoziierungskandidaten ist, steht im Gegensatz

zum Grußwort der Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Mary Robinson, die gleichzeitig Generalsekretärin der Weltkonferenz ist. Vor Beginn der erneuten Verhandlungen hatte sie die Staatendelegationen aufgefordert, ihre Argumente und Forderungen dahingehend zu überprüfen, ob diese zum Gelingen der Weltkonferenz beitragen. Dazu gehöre auch, dass sich die Staaten zu begangenen Unrecht und dessen heutigen Folgen bekennen.

Das Forum Menschenrechte fordert die Mitgliedsstaaten der EU – vor allem aber die deutsche Delegation zur Weltkonferenz – auf, eine aktive Verhandlungsposition einzunehmen, um die gegensätzlichen Standpunkte zu überwinden, sonst droht ein Scheitern der Konferenz. Die politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Konsequenzen des Sklavenhandels und des Kolonialismus müssen ebenso anerkannt werden wie die heute bestehenden Formen von Rassismus und rassistischer Diskriminierung in den eigenen Ländern. Denn für die Opfer rassistischer Gewalt und Diskriminierung von heute, auch der Nachfahren der Sklaven, muss das Ergebnis der Konferenz in Durban ein Aktionsplan sein, der die heutigen Formen des Rassismus in Industriestaaten benennt und zu konkreten Empfehlungen für Regierungen führt, um wirksam dagegen vorzugehen.

Diese Presseerklärung wird von den Mitgliedsorganisationen des Forum Menschenrechte entsprechend ihrem jeweiligen Aufgabengebiet und ihrer Zielsetzung getragen.

Sekretariat: Petra Hanf

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel. 030-42 02 17 71

e-mail: forum.menschenrechte@debitel.net

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/mitteilungen/175/publikation/zur-vorbereitung-der-weltkonferenz-gegen-rassismus/>

Abgerufen am: 21.05.2025